

2. APRIL 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/64

Bonn, den 2. April 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>So einfach ist das !</u> Vertrag Bonn-Paris ist schon "plebiszitär vorweggenommen" - meint der "Rheinische Merkur"	58
2a	<u>Scharfmacher</u> Scherbengericht über Guttenberg ?	22
2a	<u>Frankreichs Kommunisten und der Streik</u> Moskaus Handschrift	23
3 - 4	<u>Rauchende Schlote - Segen und Gefahr</u> Luftreinhaltung - ein Getot der Zeit Von Dr. med. Uwe-Jens Nissen, MdB	96
5 - 6	<u>Polnische Gäste in Pankow</u> Lob "unverbrüchlicher Waffenbrüderschaft" Von Eberhard Zachmann, Berlin	21

Chefredakteur Günter Markscheffel

So einfach ist das !

Vertrag Bonn-Paris ist schon "plebiszitär vorweggenommen" -
meint der "Rheinische Merkur"

sp - Einige Indiskretionen aus Kreisen der Regierungsparteien zum Problem der Ratifizierung des Sondervertrages Paris-Bonn lassen erkennen, daß Dr. Adenauer entschlossen ist, notfalls auch ohne eine breite Parlamentsmehrheit zum Ziele zu kommen. Einzelgespräche führender CDU-Politiker, die Adenauer vorbehaltlos ergeben sind, mit FDP-Politikern, deren Absichten noch nicht ganz klar erscheinen, zeigen das Bild einer "Individualtherapie", mit deren Hilfe die FDP gespalten oder mindestens durcheinander gebracht werden soll.

Als ein weiteres Mittel, die erheblichen Bedenken auch einiger CDU-Politiker gegen die überstürzte Ratifizierung des Vertrages zu zerstreuen, wird der Versuch der CDU-Führung gewertet, das Parlament mit Stimmungsmache unter Druck zu setzen unter Berufung auf eine "öffentliche Meinung", die von vornherein und ohne jedes Bedenken dem Vertrag bereits gebilligt habe.

Das Rezept für diese Manipulation stammt aus Kreisen, die schon früher in ihrer politischen und beruflichen Tätigkeit gewisse Erfolge mit "plebiszitären Entscheidungen" erzielt haben. Wie das aussieht, hat der "Rheinische Merkur" vom 29. März 1963 verraten.

Dort heißt es nach einem Hinweis auf den vorjährigen de Gaulle-Besuch in der Bundesrepublik:

- * "Der deutsch-französische Vertrag war ur-
- * sprünglich eine Notlösung, um aus dem Eng-
- * paß herauszukommen, in den die Bemühungen
- * um eine politische Union der sechs EWG-
- * Staaten infolge belgischen, aber auch ita-
- * lienischen Widerstandes geraten waren. Wir
- * müssen entschlossen sein, wir müssen voran-
- * gehen! sagte de Gaulle, und bei seinem
- * Deutschlandbesuch einigte man sich darauf,
- * den Weg zu zweit zu gehen.

2. April 1963

- * Der jubelnde Empfang des französischen
- * Staatspräsidenten in allen Teilen der
- * Bundesrepublik wurde als gleichsam
- * p l e b i s z i t ä r e Vorwegnahme
- * des künftigen Vertrages aufgefaßt."

Die Behauptung, der deutsch-französische Vertrag sei eine Notlösung zur Überwindung des Engpasses bei den Bemühungen um die Schaffung einer politischen Union der sechs EWG-Staaten ist eine der üblichen und niedlichen Arabesken des "Rheinischen Merkur", wenn es diesem Wochenblatt darauf ankommt, die Geschichte etwas verbiegen zu wollen.

Der Hinweis auf die "gleichsam plebiszitäre Vorwegnahme des künftigen Vertrages" ist jedoch ein massiver Einschüchterungsversuch, an die Adresse derjenigen gerichtet, die Politik mit Verstand machen wollen.

Schon früher nahm man gelegentlich politische Entscheidungen "gleichsam plebiszitär" vorweg. So wurden z.B. sofort nach dem Einmarsch Hitlers in Österreich Filmstreifen vom "jubelnden Empfang" der deutschen Truppen mit Hilfe der Wockenschau in die Kinos der ganzen Welt geschickt (in 26 verschiedenen Sprachfassungen!), um zu zeigen, daß ein Vertrag über den Anschluß Österreichs "eigentlich gar nicht mehr notwendig" sei. Etwas später, nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei, hat man dasselbe Spiel wiederholt.

Natürlich soll jetzt niemand "marschieren"; aber der Hinweis auf die "gleichsam plebiszitäre Vorwegnahme" einer noch ausstehenden parlamentarischen Entscheidung ist die recht interessante Gedankenverbindung zu den plebiszitären Methoden mancher Staatschefs, denen das Parlament überflüssig erscheint und die politische Entscheidungen "einsam" fällen oder sie mit Hilfe von Fernsehansprachen oder Staatsrundreisen und Volkegejubiläum "vorwegnehmen".

So einfach ist das !

+ + +

sp - "Ich halte es für ein Glück, daß es in diesem Deutschland diese SPD gibt." Wird dieser Satz für jenen, der ihn aussprach, zum Verhängnis? Es ist der Freiherr von und zu Guttenberg, Bundestagsabgeordneter der CSU, hart umfeindet von den Strauss-Freunden, weil er im Herbst vergangenen Jahres - im Auftrag Adenauers! - Gespräche über eine Große Koalition mit Herbert Wehner geführt hatte. Von Guttenberg traf diese Feststellung vor der "Katholischen Akademie in Bayern", sie trägt ihm eine neuerliche Verärgerung in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU ein. Wenn Guttenberg der SPD ausenpolitische Zuverlässigkeit attestiere, dann widerspräche dies der negativen Haltung der SPD bei der Abstimmung über das Röhrenembargo. Ließ sich einer der Scharfmacher, der Herr Majonica, vernehmen. Das Beispiel ist höchst unglücklich gewählt, wäre dem nämlich so, dann stünde die CDU/CSU mit einem ausenpolitisch unzuverlässigen Partner, der FDP, in der Koalition, die ja auch gegen das Röhrenembargo gestimmt hat.

Doch Spaß beiseite. Manche Kräften in der CDU paßt nicht die Rolle der Sozialdemokratie als staats-erhaltender Faktor. Sie möchten diese Partei an die Peripherie der Nation drängen, und sie identifizieren sich dabei selbst mit dem Staat. Sie möchten zwischen sich und der SPD einen tiefen, unüberbrückbaren Graben ziehen, ein Bemühen freilich, an dem sie scheitern werden. Im Grunde genommen führen sie Rückzugsgefechte, kämpfen gegen den Geist der Zeit. Nicht nur der eigenwillige Freiherr aus Franken empfindet die Existenz der Sozialdemokratie als ein Glück für die deutsche Nation. Für unsere Freunde in aller Welt ist der ständige Zuwachs an Vertrauen zu dieser Partei in unserem Volk die sicherste Gewähr dafür, daß die Schwäche und Hinfälligkeit der CDU nicht in einem Niedergang der deutschen Demokratie endet. Scharfmachern wie Herr Majonica, mag dies mißfallen - doch sie stehen auf der vorliegenden Seite.

* * *

Frankreichs Kommunisten und der Streik

sp - Die französischen Kommunisten reiten mit der von ihnen gelenkten Gewerkschaftsorganisation CGT wieder einmal die Höhe Schule der internationalen Diplomatie. Als erste haben ihre führenden Männer Staatspräsident de Gaulle jetzt zu verstehen gegeben, daß sie bereit wären, eine Kompromißlösung im Bergarbeiterstreik vorzubereiten. Sehr zum Mißvergnügen der christlichen und sozialistischen Gewerkschaften lenkten die Kommunisten also ein. Ihr Ziel ist es ganz offenbar, dem Staatspräsidenten zu zeigen, daß sie staats-erhaltend sind und helfen wollen, die innenpolitischen Schwierigkeiten de Gaulles zu beseitigen.

Eigentlich waren die französischen Kommunisten schon zu Beginn der Streikbewegung nur mit halbem Herzen dabei. Ihre Führung ließ sich nur durch den "Druck von unten", aber auch durch die Aktivität der christlichen und sozialistischen Gewerkschaften zur Teilnahme am Streik bewegen. Da de Gaulle dies wußte und wahrscheinlich damit rechnen konnte, daß Moskau aus ausenpolitischen Interessen die französischen Kommunisten bald stoppen würde, hat er sich mit dem ursprünglich erwarteten Eingreifen in die Streikbewegung zurückgehalten. - Im Hintergrund dieser ganzen Affäre steht natürlich der Wunsch Moskaus, de Gaulle in seiner europäischen Solopolitik zu bestärken. Deswegen zeigt die kommunistische CGT jetzt die "weiße Fahne" und manifestiert damit einmal mehr, daß letzten Endes kommunistische Gewerkschaftspolitik auch nur - im Bedarfsfall - der verlängerte Arm der sowjetischen Ausenpolitik ist.

* * *

Rauchende Schloten - Segen und Gefahr

Von Dr. med. Uwe-Jens Nissen, MdB

Die rauchenden Schloten, einst wohlgefällig als Symbol von Arbeitsfleiss und Wohlstand angesehen, sind in unseren Tagen zugleich zu einem Kennetikel unseres Versagens geworden. Ebenso gelten Kraftfahrzeugdichte und überbeheizte Eigenheime als Maßstäbe für den zivilisatorischen Stand eines Landes. Doch solange wir die Kraftstoffverbrennung als Energiequelle nicht soweit beherrschen, daß Schäden und Gefahren eingedämmt und beseitigt werden, kann unsere Freude über den Fortschritt der Technik nicht vollkommen sein.

Die heillosen Zustände in Los Angeles und Pittsburg, den industriellen Ballungsräumen der Vereinigten Staaten, die den Menschen bei besonderen Wetterlagen kaum noch die Luft zum Atmehliessen - inzwischen durch energische staatliche Maßnahmen ganz erheblich eingedämmt - hätten alle für den Wiederaufbau unserer zerstörten Industrie Verantwortlichen mahnen müssen, frühzeitig der Luftreinhaltung ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Erst Zustände, die einer Katastrophe nahekommen, müssen eintreten, um die öffentliche Meinung aufzurütteln. Jene erste Dezemberwoche des vergangenen Jahres ist auch bei den Fraktionen des Bundestages unvergessen, als eine besondere Wetterlage den Abfluß der schädlichen Gase und Dämpfe in höhere Luftschichten verhinderte, eine sogenannte Inversionswetterlage es verdeutlichte, daß auch die Menschen unserer Industriestädte gezwungen sind, in einem Luftsumpf zu leben. Damals wurde in einer Stadt des Reviers die achtfache Menge der noch zulässigen Schädlichkeitsgrenze von SO₂ Beimengung, nämlich 4mg pro m³ Luft gemessen.

Wie mutet demgegenüber der Plan eines Landesministers an, einem zukünftigen Notstand dadurch zu begegnen, daß Kranke und Anfallige evakuiert oder durch einen Warrdienst vom Verlassen ihrer Wohnungen abgehalten werden sollen!

Kein unabwendbares Naturereignis

Bei allem guten Willen ein erschreckendes Maß von Resignation, als ob wir uns einem unabwendbaren Naturereignis beugen müßten. Soweit ist es aber nicht. Wir wissen nämlich sehr genau, welche Schäden Schwefeldioxyd, das gasförmige Verbrennungsprodukt schwefelhaltiger Brennstoffe, wie sie die Kohle, aber noch mehr das Keizöl darstellen, dem pflanzlichen und menschlichen Leben zufügen können. Wir haben immer genauere Kenntnisse der begrenzten Gefährdung durch das Kohlenmonoxyd der Auspuffgase gewonnen und müssen vielmehr einem anderen Giftstoff, dem Benzpyren, allergrößten Argwohn entgegenbringen, weil er mit Sicherheit zu den krebsfördernden Stoffen zu rechnen ist.

Eigentlich ist das seit 1775 bekannt. Schon damals beschrieb der englische Arzt Percival Pott den Krebs als Berufskrankheit der Schornsteinfeger, nach dem er bei den meist jugendlichen Pegerjungen einen erschreckend hohen Befall durch Haut- und Lungenkrebs festgestellt hatte. Ob nicht erst eine Summierung sonst weniger gefährlicher Bestandteile der verunreinigten Luft zu einer virulenten Gefahrenquelle wird, ist eine weitere Frage, die unsere Fachleute beschäftigt.

Mit dem Punkt 10 ihrer großen energiepolitischen Anfrage an die Bundesregierung hat die SPD nun im Bundestag ihren beharrlichen Willen bekundet, überall, wo es nur möglich erscheint, dieses lebenswichtige Problem unserer Volksgesundheit anzupacken. Sie erneuert damit eine frühere Initiative, die durch einen interfraktionellen Antrag in der

2. April 1963

Trucksache 1980 bereits am 29. Juni 1960 von der Bundesregierung ein Gesetz forderte, das eine Entschwefelung aller gasförmigen und flüssigen Brennstoffe vorsah. Die SPD wird der Bundesregierung in dieser Frage auf den Fersen bleiben.

Übel an der Wurzel packen

Besonders die schweren Heizöle haben einen sehr hohen Schwefelanteil, der im Mittel bei 4 Prozent S liegt. Die leichten bis mittelschweren Öle mit einem geringeren S-Gehalt, der nahe dem der Kohle oder unter ihm liegt, werden dagegen in den vielen Tausend privaten Brennstellen als Heizmittel für die Wohnungen benutzt. Ihre Vielzahl kann in Ballungsgebieten, potenziert durch einige "Großerzeuger" von schwefeligen Gasen, das Erreichen der toxischen Grenze gerade entscheidend beeinflussen. Sollten nun auch anlaufende Versuche einer effektiven Rauchgasentschwefelung durch neuentwickelte Verfahren brauchbare Ergebnisse bringen, so wird doch die Entschwefelung des Brennstoffes selbst die technisch eleganteste Lösung darstellen, da sie das Übel an der Wurzel packt. Unser unerschütterter Glaube an das Können unserer Ingenieure und Techniker läßt auch bei der Lösung dieses Problems auf wirtschaftlich brauchbare Ergebnisse hoffen. Leider müssen meist erst gesetzliche Druckmittel oder wirtschaftliche Diskriminierung angewandt werden, bevor sich diese Schönheitsfehler beseitigen lassen.

Damit würde die verhängnisvolle Trias: Fabrikschlot - Schornstein des Wohnhauses - Auspuff der Kraftfahrzeuge, in ihrer summierenden und potenziierenden Wirkung, an einer wichtigen Stelle durchbrochen und die erste wirklich wirksame Schlacht um die Reinhaltung der Luft gewonnen werden können.

Einige Anregungen

Darüber hinaus könnten Verordnungen zur Festlegung von Höchstzahlen des Schwefelgehaltes bei den drei Handelsklassen, angesichts der sehr unterschiedlichen Streuung der S-Werte einer besseren Kontrolle und Dosierungsmöglichkeit besonders im Gefahrenfalle dienen. Dem gleichen Zwecke könnte die Vorratshaltung schwefelarmer Sorten beim Großverbraucher wie Kraftwerken usw. dienen, damit diese bei den meist kurzfristigen Inversionswetterlagen auf solche Brennstoffe umstellen könnten. Zur frühzeitigen Erkennung und dadurch erst möglichen Warnung müßte nun freilich auch die meteorologische Wissenschaft und Technik durch staatliche Zuwendungen erst instandgesetzt werden. Vorläufig ist sie dazu noch nicht in der Lage. Darüber hinaus darf an dieser Stelle die Anregung gegeben werden, auch der Frage näherzutreten, wie man durch eine Überwachungspflicht für eine richtige Einstellung der Ölbrenner, zur Vermeidung einer übermäßigen Verroßung, Sorge tragen könnte.

Schließlich sollte man einmal im Rahmen der Überprüfung der heimischen Brennstoffe dem Erdgas wie der Vergasung der üblichen Brennstoffe zum Zwecke der Gebäudeheizung und der Fernheizung größere Aufmerksamkeit widmen.

Trotz aller Warnungen wollen wir jedoch nicht verkennen, daß bisher mancher Erfolg im Kampf um die Luftreinhaltung erzielt werden konnte. Die Industrie zeigt sich nicht uneinsichtig. Gesetze und Verordnungen reichen für alle notwendigen Maßnahmen aus. Die Öffentlichkeit ist aufgerüttelt und wird nach Kenntnis der ihr drohenden Gefahren nicht Ruhe geben. So sollten auch Bundestag und Bundesregierung alle zu Gebote stehenden Mittel einsetzen, um eine Gefahr zu bannen, die den Segen technischen Fortschritts ernsthaft in Frage stellt.

Polnische Gäste in Pankow

Lob "unverbrüchlicher Waffenbrüderschaft"

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Der zur Zeit an der Spitze einer polnischen Militärdelegation in Ostberlin und der Sowjetzone weilende Warschauer Verteidigungsminister Marian Spychalski ist der gefeierte Held der Zonenpresse. Obwohl es sich bei diesem ersten offiziellen Besuch einer polnischen Militärdelegation nur um eine Erwidering des Besuches handelt, den der Pankower Verteidigungsminister Hoffmann im Juni 1962 in Warschau abstattete, wird in den Pankower Berichten und Kommentaren dieses Ereignis als Beweis einer "unverbrüchlichen Waffenbrüderschaft" gepriesen. Pankows Verteidigungsminister Hoffmann ließ sich sogar zu der Behauptung hinreißen, "nichts trenne die Völker und Armeen Volkspolens und der DDR."

Ohne Zweifel ist Spychalskis Reise nach Pankow nach dem Besuch Gomułkas im vergangenen Jahr als ein neuer Schritt im Sinne einer Annäherung zwischen Polen und der Sowjetzone zu werten, wobei freilich nicht übersehen werden darf, daß der Abbau der Spannungen, die nach 1956 zwischen Warschau und Pankow entstanden waren, weniger der Initiative der polnischen Kommunisten als dem Wunsche Chruschtschows zuzuschreiben ist, für dessen Berlin-Politik die polnische Reserviertheit gegenüber Pankow nach 1958 zu einem Hemmnis geworden war.

Untergründige Dissonanzen

Trotz des lauten Pankower Echoes und auch der Rede, die Marian Spychalski auf einem zu Ehren der polnischen Delegation veranstalteten festlichen Empfang gehalten hat, sind doch auch heute noch mehr oder weniger untergründige Dissonanzen für den Beobachter erkennbar. So war es General Spychalski selbst, der als Antwort auf die Begrüßungsrede von NVA-General Hoffmann, der von einer "tiefverwurzelten Freundschaft" und der "Untrennbarkeit" von Volkspolen und der DDR gesprochen hatte, ziemlich deutlich erklärte, es beständen wirtschaftliche Schwierigkeiten und Unterschiede in den Anschauungen der kommunistischen Parteien hinsichtlich des Kampfes gegen den "Imperialismus".

Für die Ohren der Pankower Funktionäre mußte eigentlich diese, gewissermaßen zwischen den Zeilen gesprochene, kritische Bemerkung Spychalskis eine Erinnerung an eine Erklärung bedeuten, die erst vorkurzem

Polens Ministerpräsident Cyrankiewicz in New York abgab, als er das Handelsabkommen Bonn - Warschau als einen ersten Schritt zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik bezeichnete. Warschaus Premier hatte nämlich die Ansicht vertreten, in der Bundesrepublik gebe es nicht nur "Revanchisten", sondern auch solche Leute, "die in einem neuen Stil leben wollten und den Frieden wünschten." Zu der von Pankow unaufhörlich wiederholten Behauptung, in Bonn hätten nur noch "Imperialisten und Revanchisten" etwas zu sagen, steht diese polnische Feststellung aus berufenem Munde in einem deutlichen Gegensatz.

Was die Zonenpresse verschwieg

Die Tatsache, daß Gomulka ausgerechnet Marian Spychalski als Leiter der Militärdelegation nach Pankow schickte, muß für Ulbricht wenig angenehm gewesen sein. Schließlich ist ja dieser polnische General einer der bekanntesten Antistalinsten und Verfechter einer eigenständigen polnischen Politik. Für die Pankower Sprachregelung hat es deshalb auch beträchtliche Schwierigkeiten gegeben. Die in den Zonenzeitungen veröffentlichten Daten über das Leben und Wirken Marian Spychalskis weisen nämlich eine große Lücke auf. So ausführlich man das Leben des Generals bis zum Jahre 1949 schildert, über die folgende Zeit bis 1956 hüllt sich Ulbrichts Presse in Schweigen. In diesen Jahren war es nämlich, daß Marian Spychalski von den polnischen Stalinisten als "Partei- und Volksfeind" eingekerkert wurde, von den gleichen KP-Funktionären, die Ulbricht zu seinen besten Freunden zählte. Erst nach der Niederlage der polnischen Stalin-Anhänger im Oktober 1956 konnte Spychalski - und zwar an der Spitze des Verteidigungsministeriums - sein politisches Wirken wieder aufnehmen.

In der "Volksarmee", einer vom Pankower Verteidigungsministerium herausgegebenen Wochenzeitung, glaubt Armeegeneral Hoffmann erlässlich des polnischen Besuches die Polen erinnern zu müssen, daß ihre am 15. Juli 1963 zwanzig Jahre bestehende Armee von "Tausenden erfahrener Sowjet-Offiziere", die als Instrukteure tätig waren, aufgebaut worden sei.

Für einen polnischen kommunistischen Minister und General wie Marian Spychalski, der Zeit seines Lebens gegen die Versuch einer Russifizierung der polnischen Armee und des gesamten politischen Lebens gekämpft hat, müssen solche Worte aus dem Pankower Mund wie eine Provokation wirken. Schließlich war es General Spychalski, der nach seiner Freilassung aus dem stalinistischen Kerker als Verteidigungsminister die Nachfolge des Generals Rokossowski antrat, der als sowjetischer Staatsbürger von Stalin mit der Überwachung der polnischen Armee betraut und an deren Spitze gestellt worden war.